

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 10.03.2016**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, 1. Etage, Raum 113,  
Marktplatz 2,  
06108 Halle (Saale)

**Zeit:** 17:00 Uhr bis 19:00 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnahmeverzeichnis

## **Anwesend waren:**

### **Mitglieder**

Andreas Scholtyssek	Ausschussvorsitzender, CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), anwesend bis 18:51 Uhr
Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Gernot Töpfer	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), anwesend bis 18:25 Uhr
Dr. Erwin Bartsch	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), anwesend ab 17:09 Uhr
Yvonne Winkler	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Ann-Sophie Bohm-Eisenbrandt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Maria Genschorek	Sachkundige Einwohnerin
David Horn	Sachkundiger Einwohner
Lars Juister	Sachkundiger Einwohner
Hans-Jürgen Krause	Sachkundiger Einwohner
Burkhard Lothholz	Sachkundiger Einwohner
Werner Misch	Sachkundiger Einwohner
Frigga Schlüter-Gerboth	Sachkundige Einwohnerin
Stefan Schulz	Sachkundiger Einwohner

### **Verwaltung**

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister
Uwe Stäglin	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Martina Wildgrube	Referentin im GB OB
Tobias Teschner	Fachbereichsleiter FB Sicherheit
Kerstin Ruhl-Herpertz	Fachbereichsleiterin FB Umwelt
Rita Lachky	Fachbereichsleiterin FB Einwohnerwesen
Manuela Hoßbach	Controllerin GB OB
Daniel Zwick	Leiter Dienstleistungszentrum Klimaschutz
Martin Heinz	Fachbereichsleiter FB Immobilien
Steffen Johannemann	Abteilungsleiter Abt. Hoheitlicher Umweltschutz
Dr. Uta Schwarzer	Abteilungsleiterin Abt. Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung

## **Entschuldigt fehlten:**

Gottfried Koehn	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
-----------------	----------------------------------

## zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten wurde von **Herrn Andreas Scholtyssek** eröffnet und geleitet.

Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

**Herr Scholtyssek** informierte, dass das Protokoll heute durch **Frau Hoßbach** geführt wird und bat um Bestätigung durch die Ausschussmitglieder. Diese stimmten der Protokollführung durch Frau Hoßbach zu.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

**Herr Scholtyssek** machte auf vorliegende Dringlichkeitsvorlage aufmerksam

Einführung eines landesweit agierenden Intensivtransportwagens (ITW) im Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis  
Vorlage: VI/2016/01584

und bat Herrn Teschner um Begründung der Dringlichkeit.

**Herr Teschner** begründete die Dringlichkeit mit dem Bedarf eines solchen Fahrzeuges für den Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis. Je zeitiger die Vorlage beschlossen wird, desto früher können erforderliche Stellenausschreibungen, Fortbildungen, etc. erfolgen.

**Frau Krischok** brachte ihr Unverständnis zum Ausdruck, dass die Vorlage nun als Dringlichkeit auf die Tagesordnung gesetzt werden soll, da die Thematik seit längerer Zeit bekannt ist. Auch sollten die Stadträtinnen und Stadträte, sowie die sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner die Möglichkeit haben, sich intensiv in die Vorlage einzulesen und sich vorbereiten zu können.

**Frau Bohm-Eisenbrandt** stimmte dem zu.

Im Folgenden bat **Herr Scholtyssek** um Abstimmung zur Aufnahme der Dringlichkeitsvorlage auf die Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig abgelehnt  
VI/2016/01584

Im Weiteren teilte **Herr Stäglin** mit, den Tagesordnungspunkt

7.5. Bericht über die Arbeit des Dienstleistungszentrums Klimaschutz

in die nächste Sitzung vertagen zu wollen.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht, so dass **Herr Scholtyssek** um Abstimmung bat.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 11.02.2016
4. Beschlussvorlagen
  - 4.1. Umsetzungsplan zum Integrierten Kommunalen Klimaschutzkonzept  
Vorlage: V/2014/12704  
  
Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage
  - 4.1.1 Umsetzungsplan zum Integrierten Kommunalen Klimaschutzkonzept (Vorlagen-Nr. V/2014/12704)  
Vorlage: VI/2016/01771
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  - 5.1. Antrag des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zur Information des Stadtrates zu den Plänen des Intensivtransportes  
Vorlage: VI/2016/01592
  - 5.2. Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE, CDU/FDP und der SPD zur Sicherung des Standortes des Zentrums für Zirkus und bewegtes Lernen Halle e.V.  
Vorlage: VI/2015/01517
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
  - 7.1. Energiebericht 2015  
Vorlage: VI/2015/01375
  - 7.2. Baumfällliste
  - 7.3. Information zur Wasserqualität Hufeisensee
  - 7.4. Bericht zu den Arbeitsständen des Hochwasserbeirats
  - 7.5. *Bericht über die Arbeit des Dienstleistungszentrums Klimaschutz* *vertagt*
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

**Herr Doege** regte im Zusammenhang mit der nicht auf die Tagesordnung gesetzten Dringlichkeitsvorlage an, dass es günstig gewesen wäre, wenn die Verwaltung vorab mit den Fraktionen gesprochen hätte. Zukünftig sollte dies bedacht werden.

### zu 3      **Genehmigung der Niederschrift vom 11.02.2016**

---

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift vom 11.02.2016.

**Abstimmungsergebnis:**      einstimmig zugestimmt

### zu 4      **Beschlussvorlagen**

---

#### zu 4.1      **Umsetzungsplan zum Integrierten Kommunalen Klimaschutzkonzept Vorlage: V/2014/12704**

---

##### zu 4.1.1      **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Umsetzungsplan zum Integrierten Kommunalen Klimaschutzkonzept (Vorlagen-Nr. V/2014/12704) Vorlage: VI/2016/01771**

---

**Herr Scholtyssek** sagte, dass die Beschlussvorlage heute in 2. Lesung behandelt wird und das alle vorab eingereichten Fragen schriftlich beantwortet wurden und vorliegen.

**Frau Bohm-Eisenbrandt** sprach ihre Enttäuschung darüber aus, dass nicht zwingend alle Anregungen aufgenommen wurden und eine Beantwortung aller Fragen nicht erfolgt ist.

Im Weiteren brachte **Frau Bohm-Eisenbrandt** im Namen der Fraktion den Änderungsantrag zur Beschlussvorlage ein. Dieser zielt auf eine Erweiterung der Vorlage um weitere 3 Punkte ab.

**Herr Juister** bedankte sich für die Übernahme der Anregung hinsichtlich einer geschlechtergerechten Sprache. Er sprach sich für den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / Die GRÜNEN aus. Die Einbeziehung von Vertretern der Fraktionen in die Steuerungsgruppe „Klimaschutz in Halle (Saale)“ befürwortet er sehr.

**Herr Misch** äußerte, eine Vergrößerung der Steuerungsgruppe für nicht effektiv zu halten. Diesem Beschlusspunkt könne er seine Zustimmung nicht geben.

**Frau Bohm-Eisenbrandt** regte an, die jeweiligen Beschlusspunkte einzeln abstimmen zu lassen.

**Herr Stäglin** sagte, dass die bisherige Arbeit der Steuerungsgruppe sehr gut war. Das Projektergebnis, welches sich im klimapolitischen Leitbild wiederfindet, durchlief die Gremien ohne Kritik. Die Arbeit der Steuerungsgruppe ist daher transparent und zielführend.

Weiterhin verdeutlichte **Herr Stäglin**, dass die Arbeit der Steuerungsgruppe auf eine konkrete einzelfallbezogene Umsetzung gerichtet ist. Eigentliche Konzepte durchlaufen immer die Gremien. Die Einbeziehung der Stadträtinnen und Stadträte dabei ist immer gegeben.

Er ergänzte, dass nicht die Pauschalität des Beschlusspunktes 3 aufzunehmen sei, sondern eher die Berichterstattung jährlich im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten erfolgen könnte. Dies würde leistbar sein.

Zum Beschlusspunkt 4 erklärte er, die Fortschreibung des Integrierten Kommunalen Klimaschutzkonzeptes im Jahr 2020 belassen zu wollen.

Abschließend sagte er, dass, wenn es konkrete Themen gibt, die in der Tiefe vielleicht auch nicht im Klimaschutzkonzept enthalten waren, schauen zu wollen, ob eine politische Flankierung durch eine Arbeitsgruppe mehr Sinn machen würde als eine Besprechung in der Steuerungsgruppe.

**Frau Jahn** bat um Information, wann sich die Steuerungsgruppe trifft.

Bezugnehmend zur Berichterstattung, merkte **Herr Zwick** an, dass aufgrund personeller Engpässe eine zeitnahe Berichterstattung nicht möglich ist. Andere Städte koppeln den Klimaschutzbericht an den Energiebericht. Der Beschlusspunkt 3 wäre daher abzulehnen.

**Frau Bohm-Eisenbrandt** fände es wünschenswert, jährlich über aktuelle Projekte informiert zu werden.

**Herr Stäglin** bat um Konsensfindung in der Richtung, dass dem Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten jährlich über umzusetzende bzw. umgesetzte Klimaschutzmaßnahmen und den Grad der Zielerfüllung zu berichten ist.

**Frau Bohm-Eisenbrandt** stimmte dem zu und änderte den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN im Beschlusspunkt 3.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, so dass **Herr Scholtyssek** um Abstimmung des Änderungsantrages in Form einer EinzelpunktAbstimmung bat und im Weiteren um Abstimmung der Beschlussvorlage.

**zu 4.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur  
Beschlussvorlage Umsetzungsplan zum Integrierten Kommunalen  
Klimaschutzkonzept (Vorlagen-Nr. V/2014/12704)  
Vorlage: VI/2016/01771**

---

**Abstimmungsergebnis:** EinzelpunktAbstimmung

Punkt 2 – mehrheitlich zugestimmt

Punkt 3 – einstimmig zugestimmt

Punkt 4 – mehrheitlich zugestimmt

**Beschlussempfehlung:**

Der Beschlusstext wird ergänzt und erhält folgenden Wortlaut:

1. Der Stadtrat beschließt die Umsetzung der Einzelmaßnahmen gemäß dem aus dem Integrierten Kommunalen Klimaschutzkonzept entwickelten Umsetzungsplan der Stadt Halle (Saale).
2. **Die Fraktionen des Stadtrates der Stadt Halle erhalten die Möglichkeit, künftig eine/n Vertreter\*in zur Mitarbeit in die Steuerungsgruppe „Klimaschutz in Halle (Saale)“ zu entsenden.**
3. **Dem Stadtrat Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten ist jährlich in einer Informationsvorlage über umzusetzende bzw. umgesetzte Klimaschutzmaßnahmen und den Grad der Zielerfüllung zu berichten.**

4. Eine Fortschreibung des Integrierten Kommunalen Klimaschutzkonzeptes erfolgt wie im Rahmen der Beschlussfassung im Februar 2013 vorgesehen im Jahr 2018.

**zu 4.1      Umsetzungsplan zum Integrierten Kommunalen Klimaschutzkonzept**  
**Vorlage: V/2014/12704**

---

**Abstimmungsergebnis:**      einstimmig zugestimmt mit Änderung

**Beschlussempfehlung:**

1. Der Stadtrat beschließt die Umsetzung der Einzelmaßnahmen gemäß dem aus dem Integrierten Kommunalen Klimaschutzkonzept entwickelten Umsetzungsplan der Stadt Halle (Saale).
2. **Die Fraktionen des Stadtrates der Stadt Halle erhalten die Möglichkeit, künftig eine/n Vertreter\*in zur Mitarbeit in die Steuerungsgruppe „Klimaschutz in Halle (Saale)“ zu entsenden.**
3. **Dem Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten ist jährlich über umzusetzende bzw. umgesetzte Klimaschutzmaßnahmen und den Grad der Zielerfüllung zu berichten.**
4. Eine Fortschreibung des Integrierten Kommunalen Klimaschutzkonzeptes erfolgt wie im Rahmen der Beschlussfassung im Februar 2013 vorgesehen im Jahr 2018.

**Herr Misch** erklärte abschließend sein Stimmverhalten. Er hätte der abschließenden Beschlussempfehlung zur Vorlage V/2014/12704 zugestimmt, wenn der Beschlusspunkt 2 nicht in der Vorlage enthalten wäre.

**zu 5            Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 5.1        Antrag des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zur**  
**Information des Stadtrates zu den Plänen des Intensivtransportes**  
**Vorlage: VI/2016/01592**

---

**Herr Scholtyssek** erklärte, den Antrag in die nächste Sitzung zu vertagen. Hintergrund ist, dass er noch nicht prüfen konnte, ob die Beschlussvorlage

Einführung eines landesweit agierenden Intensivtransportwagens (ITW) im Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis  
Vorlage: VI/2016/01584

mit den Intentionen seines Antrages übereinstimmt.

**Abstimmungsergebnis:**      vertagt

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Stadtrat umgehend und vollständig über die

Planungen zu Patienten-Intensivtransporten bzw. zur Einrichtung eines Zentrums für die Koordinierung landesweiter Intensivtransporte in Halle zu informieren. Dazu zählen Verhandlungsergebnisse mit Kostenträgern des Rettungsdienstes, geplante Einsatzzahlen, das Stationierungskonzept etc.

**zu 5.2 Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE, CDU/FDP und der SPD zur Sicherung des Standortes des Zentrums für Zirkus und bewegtes Lernen Halle e.V.  
Vorlage: VI/2015/01517**

---

**Herr Bernstiel** brachte den Antrag ein und informierte, dass der Planungsausschuss einstimmig seine Zustimmung zum Antrag gegeben hat. Er bat um selbige Zustimmung durch die Mitglieder des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

**Herr Misch** informierte, dass seitens des Vereins ein Schreiben mit der Bitte ergangen ist, den Standort Rossplatz im Ausschuss positiv zu bescheiden.

**Herr Stäglin** erklärte, dass der Verwaltung das Schreiben nicht bekannt ist. Mit dem Träger laufen seit 2 Jahren Gespräche hinsichtlich eines dauerhaften Standortes. Er plädiere für die Annahme des Prüfauftrages.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, so dass **Herr Scholtyssek** um Abstimmung bat.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschlussempfehlung:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Zentrum für Zirkus und bewegtes Lernen Halle e.V. für die Jahre 2016 – 2020 einen Standort für das Kinder- und Jugendangebot bereitzustellen. Die Standortsuche soll gemeinsam mit dem ZZB vorgenommen werden und bis ~~März~~ **Juni** 2016 abgeschlossen und dem Stadtrat vorgestellt werden.

**zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

**zu 7 Mitteilungen**

---

**zu 7.1 Energiebericht 2015  
Vorlage: VI/2015/01375**

---

Der Energiebericht 2015 wurde anhand einer Präsentation durch **Herrn Heinz** vorgestellt.

*Anmerkung: Die Präsentation ist im Session hinterlegt.*

Die Informationsvorlage wurde im Weiteren zur Kenntnis genommen.

## zu 7.2 Baumfällliste

---

**Frau Ruhl-Herpertz** erklärte, dass durch die Sturmschäden im vergangenen Jahr die Allee auf dem Lettiner Friedhof zerstört wurde. Angedacht war, die Allee neu aufzubauen. Ein entsprechender Bescheid liegt nun vor. Als Ersatz werden 40 Neupflanzungen erfolgen.

**Frau Schlüter-Gerboth** fragte nach 50 gefälltten Bäumen am Gimritzer Damm.

**Frau Ruhl-Herpertz** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

**Frau Bohm-Eisenbrandt** fragte zur Maßnahme 213. Aufgeführt sind nur die Baumfällungen, die im Zusammenhang mit der Sanierung der Uferböschung stehen. Es waren allerdings auch Baumfällungen im Bereich des Weges vorgesehen. Sie fragte nach den Genehmigungen, Fällungen etc..

**Frau Ruhl-Herpertz** sagte auch hier eine schriftliche Beantwortung zu.

**Herr Misch** sagte, dass sich die Verwaltung in der Baumfällliste nur auf die Bäume beschränken kann, die nach der Baumschutzsatzung geschützt sind. Bei Aufnahme anderer, nicht geschützter Bäume in die Baumfällliste, werde den Bürgerinnen und Bürgern suggeriert ein Mitspracherecht zu haben, welches sie allerdings nicht haben. Er regte an, über diesen Umstand weiter nachzudenken und dass nur geschützte Bäume aufzunehmen sind.

## zu 7.3 Information zur Wasserqualität Hufeisensee

---

**Frau Genschorek** fragte, ob an dem Standort der Altablagerung regelmäßig Untersuchungen stattfinden.

**Herr Johannemann** antwortete, dass seit mehreren Jahren bereits ein intensives Monitoring durchgeführt wird.

## zu 7.4 Bericht zu den Arbeitsständen des Hochwasserbeirates

---

**Herr Johannemann** berichtete zu den Arbeitsständen des Hochwasserbeirates.

*Anmerkung: Die Präsentation ist im Session hinterlegt.*

## zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

---

### zu 8.1 Anfrage Frau Krischok zum Rettungsdienst

---

**Frau Krischok** fragte, wie viele Personen (absolut und prozentual) der Berufsfeuerwehr gegenwärtig auch im Rettungsdienst eingesetzt werden können bzw. eingesetzt werden.

**Herr Teschner** bezifferte die Zahl auf 183 Bedienstete mit Rettungsdienstqualifikation, was 85 % der Mitarbeiter im Brandschutz betrifft.

## zu 8.2 Anfrage Frau Krischok zu Grünflächenpatenschaften

---

**Frau Krischok** fragte, wie viele Grünflächenpatenschaften es gegenwärtig gibt und wie viele davon auf Privatpersonen und auf Vereine entfallen. Weiterhin fragte sie, auf welche Weise gegenwärtig die Werbung für die Übernahme von Grünflächenpatenschaften erfolgt.

**Herr Stäglin** sagte, dass es derzeit 25 Grünflächenpatenschaften gibt. Darunter 18 von Bürgerinnen und Bürgern, 3 von Firmen, 1 von einem Kleingartenverein und 3 durch anderweitige Vereine. Entsprechende Flyer werden bei Bürgerversammlungen ausgelegt. Weiterhin gibt es den jährlichen Frühjahrsputz, welcher auch für Grünflächenpatenschaften wirbt.

## zu 8.3 Anfrage Frau Bohm-Eisenbrandt zur Beseitigung eingesammelter Taubeneier

---

**Frau Bohm-Eisenbrandt** berichtete, dass die Mitteldeutsche Zeitung am 03.03.2016 über Positionierungen des Landesverwaltungsamtes zur Arbeitspraxis des ehrenamtlichen Stadttaubenvereins in Halle im Hinblick auf eine tierschutzgerechte Regulierung der Stadttaubenpopulation in Halle informierte. Konkret ging es demnach um Pflichten zur konkreten Beseitigung eingesammelter Eier und die Übernahme von Kosten durch die Stadt sowie die Registrierung von Taubenschlägen. Sie stellte folgende Fragen:

1. Kann die Stadtverwaltung die betreffenden Presseinformationen bestätigen?
2. Welche Auswirkungen ergeben sich aus Sicht der Stadtverwaltung aufgrund der Hinweise des Landesverwaltungsamtes für in der Stadt realisierte Maßnahmen zur Regulierung der Stadttaubenpopulation?
3. Ist aktuell eine städtische Beteiligung an den Kosten der Entsorgung eingesammelter Eier rechtlich zulässig bzw. vorgesehen?
4. Welche konkreten Maßnahmen mit welchen voraussichtlichen Kosten sind seitens der Stadt im Hinblick auf die Regulierung der Stadttaubenpopulation im Jahr 2016 geplant?

**Frau Dr. Schwarzer** erklärte, dass die Pressemitteilung insofern bestätigt werden kann, dass aufgrund einer Anfrage des Stadttauben Halle e.V. beim Land eine entsprechende Auskunft zur Registrierungspflicht von Tauben besteht, wie auch eine Bekanntgabepflicht bei der Entsorgung von Taubeneiern.

Die Stadt Halle (Saale) selbst darf die Eier nicht erwerben.

Auswirkungen ergeben sich aus Sicht der Stadtverwaltung nicht. Die Stadt hat lediglich angeboten, bei der Entsorgung behilflich zu sein.

Eine Beteiligung bei den Kosten der Taubeneierentsorgung ist rechtlich nicht unmöglich. Dem Verein liegt ein Angebot der Stadt vor, bislang aber ohne Rückmeldung.

Alle bislang eingeleiteten und vollzogenen Maßnahmen werden fortgesetzt. Dazu zählt u.a. Immobilienbesitzer zu beraten, Bürgeraufklärung hinsichtlich der Fütterung von Tauben zu betreiben, weitere Standorte für mögliche Taubenschläge zu suchen und entsprechende Betreuer zu finden.

#### **zu 8.4 Anfrage Frau Krischok zur Vorbereitung der Landtagswahl 2016**

---

**Frau Krischok** bezog sich auf die Vorbereitungen für die anstehende Landtagswahl am 13.03.2016 und legte dar, dass 50 % der Wahllokale barrierefrei seien. Sie fragte, ob Schwierigkeiten bestehen.

**Frau Lachky** antwortete, dass die Vorbereitungen planmäßig verlaufen. Die Qualität der Wahllokale wurde hinsichtlich der Barrierefreiheit klar verbessert. Man ist auf die Resonanz der Bevölkerung gespannt.

#### **zu 8.5 Anfrage Frau Bohm-Eisenbrandt zur Polizeipräsenz am Riebeckplatz**

---

**Frau Bohm-Eisenbrandt** sagte, dass im Bereich des Marktplatzes bis hoch zum Riebeckplatz eine verstärkte Präsenz der Polizei wahrzunehmen ist. Sie fragte nach den Gründen.

**Herr Teschner** begründete dies mit der Bekämpfung der Drogenkriminalität.

#### **zu 8.6 Anfrage Frau Bohm-Eisenbrandt zur Schädlingsbekämpfung**

---

**Frau Bohm-Eisenbrandt** informierte, dass die Stadt Magdeburg an den Kastanien Meisen ansiedelt, weil festgestellt wurde, dass sich deren Fressverhalten umgestellt hat. Die Meisen werden so zur Schädlingsbekämpfung eingesetzt. Sie fragte, ob dies auch für Halle (Saale) vorstellbar ist.

**Frau Ruhl-Herpertz** bedankte sich für den Hinweis und sagte eine Prüfung zu.

#### **zu 8.7 Anfrage Frau Bohm-Eisenbrandt**

---

**Frau Bohm-Eisenbrandt** bezog sich auf einen MZ-Bericht über die Ergebnisse des Treffens zum Saale-Elster-Kanal. Es wurde berichtet, dass die Kommunen darüber diskutieren einen Zweckverband oder eine gGmbH zu gründen. Sie fragte, ob sich die Stadt daran beteiligen möchte und inwieweit der Stadtrat mit einbezogen wird.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte, dass man sich momentan in der Diskussion befinde.

#### **zu 8.8 Anfrage Herr Misch zu Wahlplakaten**

---

**Herr Misch** sagte, dass einige der derzeit im gesamten städtischen Gebiet verteilten Wahlplakate nicht in der vorgeschriebenen Höhe angebracht sind und teilweise auch im Bereich von Kreuzungen. Er fragte, ob die Einhaltung der diesbezüglichen Vorschriften von der Stadtverwaltung kontrolliert wird. Wenn ja, wie viele Verstöße festgestellt wurden und wenn nein, warum nicht. Des Weiteren möchte er wissen, wie viele Feststellungen geahndet worden.

**Herr Teschner** sagte, dass hier der Fachbereich Bauen zuständig ist, da es sich um Sondernutzung handelt. Die Anzahl von Verstößen könnte er nicht beziffern. Verstöße werden durch den Fachbereich Sicherheit festgestellt und zur weiteren Bearbeitung an die Kollegen des FB Bauen weitergeleitet.

**Herr Stäglich** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

#### **zu 8.9      Anfrage Herr Lothholz zu Wahlbeobachtern**

---

**Herr Lothholz** fragte, ob für die bevorstehende Landtagswahl eine Sensibilisierung der Wahlhelfer erfolgt ist im Hinblick auf Wahlbeobachter.

**Frau Lachky** sagte, dass bei der Schulung der Wahlvorstände auch auf die Thematik der Wahlbeobachter eingegangen wurde. Grundsätzlich ist eine Wahlbeobachtung zulässig, Auszählungen sind öffentlich. Man hofft, dass die Wahlvorstände couragiert wissen damit umzugehen und auch Störungen bei der Wahlauszählung unterbinden werden. Bei vehementen Störungen wird die Polizei hinzu gezogen.

#### **zu 8.10     Anfrage Herr Lothholz zum Fahrradweg in der Seebener Straße**

---

**Herr Lothholz** sagte, dass im vergangenen Jahr der Fahrradweg in der Seebener Straße saniert wurde. Eine entsprechende Beschilderung (Schild und Piktogramm) fehlt.

**Herr Stäglich** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

#### **zu 9        Anregungen**

---

Es wurden keine Anregungen gegeben.

**Herr Scholtyssek** beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

---

Andreas Scholtyssek  
Ausschussvorsitzender

---

Manuela Hoßbach  
stellvertretende Protokollführerin